Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 46 (1999)
Heft: 6

Artikel: Kooperation statt Autonomie
Autor: Münger, Hans Jürg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-369153

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der sicherheitspolitische Bericht 2000 bringt eine neue Strategie:

Kooperation statt Autonomie

JM. «Sicherheit durch Kooperation» heisst die Devise, die für die Sicherheitspolitik der Schweiz in den kommenden Jahren Gültigkeit haben wird. Während die bisherige sicherheitspolitische Strategie unseres Landes auf Sicherheit durch Autonomie abzielte, ist die neue Strategie auf Kooperation ausgerichtet. Wie VBS-Departementschef Bundesrat Adolf Ogi und Botschafter Anton Thalmann, Projektleiter des sicherheitspolitischen Berichts 2000, am 9. Juni in Bern vor der Fachpresse betonten, hat die neue Strategie bedeutende Auswirkungen auf die sicherheitspolitischen Mittel – vor allem auf die Armee und den Bevölkerungsschutz.

GRAFIK: VBS

Durch die neue Ausrichtung hin zu vermehrter Kooperation steht im *Inland* eine optimale Abstimmung der eigenen zivilen und militärischen Mittel über die «umfassende flexible Sicherheitskooperation» im Zentrum. Bei der Kooperation mit dem *Ausland* geht es um eine verstärkte Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten und internationalen Sicherheitsorganisationen sowie um ein intensiveres Engagement bei der Friedenssicherung.

Dieses Engagement entspreche unseren eigenen Interessen, betonte Bundesrat Ogi. «Damit wird das Risiko vermindert, dass die Schweiz selbst von den Folgen von Instabilität und Krieg berührt wird.» Die Strategie der Kooperation zieht sich wie ein roter Faden durch alle sicherheitspolitisch relevanten Bereiche. Für Adolf Ogi führt der Weg zu mehr Sicherheit immer über mehr Kooperation: «Krisen können meistens nur gemeinsam mit andern Staaten gelöst werden. Eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit drängt sich deshalb auf.»

Der Bevölkerungsschutz, ein sicherheitspolitisches Schwergewicht

Die sicherheitspolitische Lage bedingt beim Bevölkerungsschutz eine Neuausrichtung und erlaubt eine Anpassung der Einsatzbereitschaft. Heute sind «Worst-case-Szenarien» (z. B. ein Atomkrieg) eher unwahrscheinlich geworden. In den Vordergrund rücken natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen und andere Notlagen. Das hat Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft des Bevölkerungsschutzes: Die Bewältigung von Katastrophen bildet das Schwergewicht für den Einsatz und bei der Ausbildung.

Der Bevölkerungsschutz stützt sich wesentlich auf die bereits im Alltag vorhandenen, teils professionellen Mittel ab. Dazu gehören zum Beispiel die Feuerwehr, das sanitätsdienstliche Rettungswesen und die technischen Werke. Die Mittel des heutigen Zivilschutzes werden in den Bevölkerungsschutz integriert.

Die Mittel des Bevölkerungsschutzes werden je nach Lage modulartig aufgebaut und differenziert zum Einsatz gebracht. Zivile Führungsorgane übernehmen die Führung und Koordination.

Die Verantwortung für den Bevölkerungsschutz liegt in erster Linie bei den Gemeinden, Regionen und Kantonen. Sie sind in der Regel auch direkt mit der Bewältigung von Katastrophen konfrontiert. Der Bund unterstützt die Kantone, wenn das Ausmass der Ereignisse die Führung und Koordination auf nationaler Ebene notwendig macht. Die Armee kommt dann zum Einsatz, wenn die zivilen Mittel ausgeschöpft sind.

Der Bevölkerungsschutz ist ein ziviles Instrument für Führung, Schutz und Hilfe bei Katastrophen, anderen Notlagen sowie bei machtpolitischen Bedrohungen.

Unter dem Dach des Bevölkerungsschutzes werden alle zivilen Mittel für die Bewältigung von Katastrophen, anderen Notlagen und Auswirkungen bewaffneter Konflikte koordiniert. Die Zuständigkeit für den Bevölkerungsschutz liegt grundsätzlich bei den Kantonen. Der Bund legt die gesetzlichen Rahmenbedingungen fest und unterstützt die Kantone zum Beispiel bei der Ausbildung. Bei Ereignissen von nationalem Ausmass übernimmt der Bund die Koordination und Führung.

«Zivilschutz» wird die Etappen auf dem Weg zu einer neuen Sicherheitspolitik für die Schweiz wie bis anhin aufmerksam verfolgen und die Leserschaft über den Fortgang der Reformen «Armee XXI» und «Bevölkerungsschutz» auf dem laufenden halten.

Der sicherheitspolitische Bericht 2000 ist in drei verschiedenen Fassungen in den Sprachen d, f, i und e erschienen (vollständiger Bericht von 65 Seiten: Bestell-Nummer 037.667d, zusammenfassende Broschüre: Bestell-Nr. 037.668.d sowie Faltprospekt: Bestell-Nr. 037.673.3). Diese Dokumente sind kostenlos erhältlich bei EDMZ, 3003 Bern, Fax 031 325 50 58.